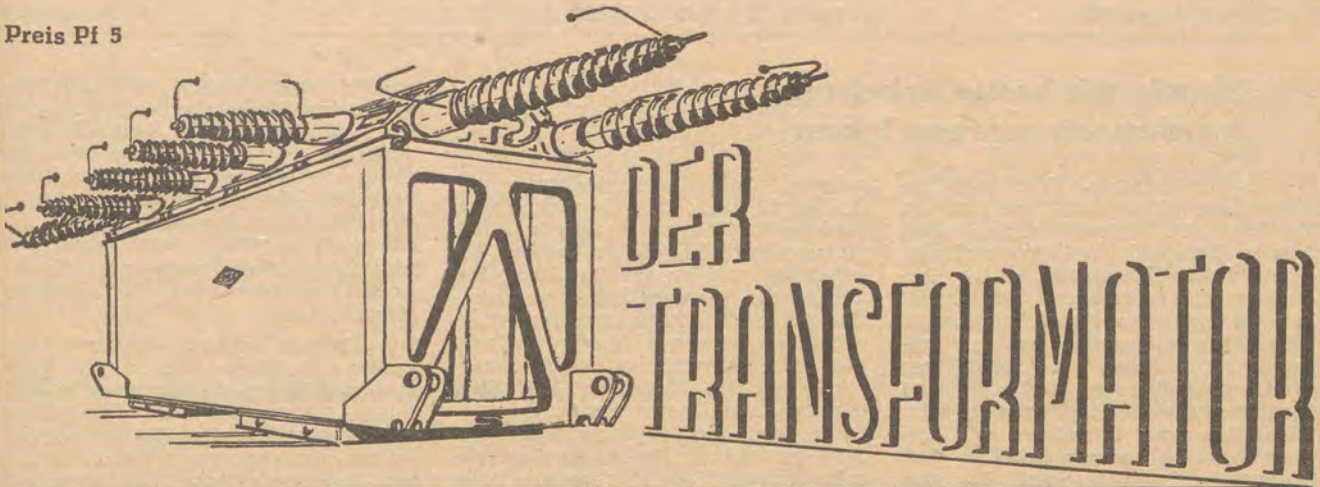


Preis Pf 5



BETRIEBSZEITUNG DES TRANSFORMATORENWERKES „KARL LIEBKNECHT“

6. JAHRGANG

HERAUSGEBER: SED-BETRIEBSPARTEIORGANISATION

NR. 8 · FEBRUAR 1954

## Wir unterstützen Molotows Vorschläge

Fast neun Jahre sind seit dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus vergangen, und noch immer haben wir keinen Friedensvertrag. Im Gegenteil, Deutschland ist in zwei Teile zerrissen, und im Westen unserer Heimat versuchen die Bonner Politiker aus diesem Zustand einen Dauerzustand zu machen. Sie wollen mit aller Macht die Besetzung durch die Alliierten bis zum Jahre 2004 in Westdeutschland. Der größte Teil der Menschheit atmete auf, als auf Druck der Völker die vier Außenminister in Berlin zusammenkamen. Das ist ein großer Erfolg des Weltfriedenslagers. Alle erhoffen von der Konferenz die endgültige Lösung der Deutschlandfrage. Diese ist nicht nur für uns, sondern auch für alle europäischen Völker von größter Bedeutung. Alle friedliebenden Menschen sehen jetzt nach Berlin und erhoffen die endgültige Lösung. Geht Deutschland den Weg des Militarismus; wie Westdeutschland, wo alle Kriegsverbrecher wieder in Amt und Würden sind, oder geht Deutschland den Weg des Friedens und des friedlichen Aufbaus, wie er im Osten unserer Heimat beschritten wird? Die Vorschläge des sowjetischen Außenministers Molotow zur Deutschlandfrage zeigen klar und offen, welchen Weg wir gehen müssen. Sind die Vorschläge „Freie Wahlen nach Abzug aller Besatzungsmächte“ und „Friedensvertrag, nicht EVG-Vertrag“ unannehmbar? Diese Vorschläge würden Deutschland endgültig einen Friedensvertrag und damit die Einheit Deutschlands bringen, welche wohl der Wunsch aller friedliebenden Menschen ist, außer den Militaristen, Junker und Schlotbaronen, die damit ihren Profit verlieren würden.

Wir haben in letzter Zeit unermüdlich in allen Abteilungen unseres Werkes mit den Kollegen diskutiert

und haben auf alle Fragen Antwort gegeben. Trotzdem wird es bei einigen Kollegen noch Unklarheiten geben, oder sie kommen nicht mit der Sprache heraus. Es gibt auch Kollegen in unserem Werk, die Ausschnitte aus der Westpresse herumgehen lassen. Sind es nun Provokateure, ist es Dummheit oder steckt mehr dahinter? Wir werden diesen Dingen restlos auf den Grund gehen. Sollte es sich dabei um Provokateure handeln, werden sie die volle Macht unseres Arbeiter- und Bauernstaates

.....  
Die Beratungen der Außenminister zeigen uns mit aller Deutlichkeit, wer unser Freund und wer an einer Zerrissenheit Deutschlands interessiert ist.

Die Vorschläge des sowjetischen Außenministers können wir alle unterstützen; denn nur auf diesem Wege kommen wir endlich nach fast neun Jahren zu unserem Recht.

Frieda Witt (Wsp)

.....  
kennenlernen. Jeder ehrliche Kollege wird diesen Burschen die Larve vom Gesicht reißen. Wir werden unermüdlich über die Vorschläge des sowjetischen Außenministers Molotow und das starre „No“ des amerikanischen Außenministers Dulles diskutieren und unseren Kollegen den Weg des Friedens und der Einheit Deutschlands zeigen. Wir wollen freie, demokratische Wahlen. Dazu wäre der erste Schritt eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung, welche die Garantie für wirklich freie Wahlen gibt und nicht wie Dulles und

Eden es wollen, unter militärischer Kontrolle.

**Diese Herren wollen „freie Wahlen“, wie sie jetzt im Iran durchgeführt wurden, wo Panzer und Soldaten vor den Wahllokalen standen und jede Versammlung und Kundgebung verboten war. Nein, so nicht, Herr Dulles! Wer solche „freien Wahlen“ will, der will den Krieg und nicht den Frieden, der hat auch kein Interesse an der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage. Real sind die Vorschläge des sowjetischen Außenministers Molotow und das Memorandum unserer Regierung, das den Außenministern unterbreitet wurde und in dem eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung gefordert wird, die sich mit der Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen und eines Friedensvertrages beschäftigen wird.** Wir müssen unsere politischen Aufgaben mit den Aufgaben der Produktion verbinden, denn Politik und Wirtschaft sind untrennbar. Hierbei ist auch der Abschluß unseres Betriebskollektivvertrages von großer Bedeutung. Unseren Kollegen muß erläutert werden, was der Betriebskollektivvertrag für sie bedeutet. Sie sollten Vergleiche ziehen zwischen den Tarifverträgen in kapitalistischen Ländern und unserem Betriebskollektivvertrag. Unser BKV ist eine Waffe für den Frieden. Hier sollten auch unsere Werkleitung und die BGL in Verbindung mit unserer Partei in den Diskussionen mehr die Bedeutung des Betriebskollektivvertrages in den Vordergrund stellen. Der Abschluß unseres Betriebskollektivvertrages, die politischen Aufgaben und unsere Planerfüllung sind engstens zu verbinden. Wenn wir diese Aufgaben richtig erfüllen, dann sind wir ein gutes Stück weiter in der Vorbereitung des IV. Parteitages. Bernhard Schilhannek (SED)

## So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben

Die Vorbereitung des Betriebskollektivvertrages 1954 steht bei uns im Zeichen der Viermächtekonferenz. Unsere Tätigkeit als Gewerkschaftsaktiv beim Neuabschluß des Betriebskollektivvertrages muß darauf gerichtet sein, durch die konsequente Vertretung der materiellen und kulturellen Interessen der Werktätigen und ihrer politischen Erziehung zum Staatsbewußtsein, das Vertrauen aller Werktätigen zur Partei der Arbeiterklasse und zu unserer Arbeiter- und Bauernmacht zu festigen. Um das Jahr 1954 auch bei uns zum Jahr der großen Initiative zu machen, gilt es, einen gewaltigen Aufschwung in der Produktion und bei der Entfaltung des innerbetrieblichen Wettbewerbes zu erreichen.

Seien wir uns aber klar, daß sich der Abschluß des Betriebskollektivvertrages 1954 auch in unserem Werk unter den Bedingungen des sich ständig verschärfenden Klassenkampfes vollziehen wird. Wir müssen also in unserem volkseigenen Betrieb die revolutionäre Klassenwachsamkeit erhöhen; denn volkseigene Betriebe sind keine Tummelplätze für Agenten und Provokateure, sondern der Hauptbestandteil der ökonomischen Basis unserer Arbeiter- und Bauernmacht, die wir ständig festigen und schützen müssen.

Der Betriebskollektivvertrag ist ein wichtiges Instrument, um unsere Pläne zu erfüllen, die einen ständigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung in unserer Deutschen Demokratischen Republik gewährleisten.

Zu der Ausarbeitung des Betriebskollektivvertrages 1954 ist es aber not-

wendig, daß alle Kolleginnen und Kollegen durch die Gewerkschaftsfunktionäre überzeugt werden, daß sie durch ihr Mitwirken bei der Erarbeitung und an der Erfüllung des Betriebskollektivvertrages unmittelbar an der Leitung unserer Wirtschaft und unseres Staates teilnehmen. Die Verordnung des Ministerrates vom 10. Dezember 1953 über die „weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften“ zeigt uns klar, welche Rolle die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften in unserem Staat innehaben. Bei der Erarbeitung des Betriebskollektivvertrages müssen wir alle unsere Aufmerksamkeit darauf richten, daß nur konkrete Verpflichtungen in den Vertrag aufgenommen werden, daß allen Kolleginnen und Kollegen bewußt ist, daß der Betriebskollektivvertrag unser Gesetz im Betrieb ist und daß in ihm die Verordnung vom 10. Dezember 1953 ihren konkreten Niederschlag finden muß sowie Verpflichtungen nach dem Vorbild der Kollegin Frida Hockauf und unseres Kollegen Kurt Zibler.

Wenn wir alle an der Ausarbeitung des Betriebskollektivvertrages 1954 aktiv mitwirken und ihm durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, Verbesserung der Qualität und Senkung der Selbstkosten Leben verleihen, so tragen wir damit zur Verwirklichung des neuen Kurses bei, und dann wird der Ausspruch der Kollegin Frida Hockauf Wirklichkeit: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“.

Arnold Bewersdorff (BGL)

## Wir diskutierten den BKV

In unserer Gewerkschaftsgruppe, die die Abteilungen KR, AO und Psr umfaßt, diskutierten wir am 8. Februar 1954 den 1. Entwurf unseres Betriebskollektivvertrages 1954.

In den Tagen vom 3. bis 7. Februar 1954 hatte jede Kollegin und jeder Kollege der Gruppe den Betriebskollektivvertrag-Entwurf gelesen und dabei ihm unklare Stellen angekreuzt. Wir brauchten also in unserer etwa eineinviertelstündigen Versammlung nicht den ganzen Entwurf vorzulesen, sondern konnten uns auf unklare Stellen konzentrieren.

Als gutes Zeichen einer besseren Einstellung zu unserem volkseigenen Betrieb konnten wir verzeichnen, daß die Teilnahme an der Versammlung — bis auf vier aus triftigen Gründen entschuldigte Kollegen — vollzählig war.

Allgemein stellten wir fest, daß die Verpflichtungen der BGL (Abschnitt A Wettbewerb) zum Zwecke der Erfüllung und Übererfüllung des Betriebsplanes zu unkonkret und schlecht formuliert sind. Die Mitglieder un-

serer Gewerkschaftsgruppe haben den Eindruck, daß unsystematisch Parolen aneinandergereiht wurden und der eigentliche Sinn verloren geht. **Die Sprache der Kollegen im TRO ist einfacher.**

Eine besondere Verpflichtung, die Berichte der Werkleitung entgegenzunehmen, halten wir für überflüssig. Die Verpflichtungen der BGL enthalten mehr Ziele als Maßnahmen. Unsererseits haben wir Möglichkeiten diskutiert, wie wir in der Verwaltung mit zur Verwirklichung der Verpflichtungen beitragen können. Obwohl unsere Möglichkeiten begrenzt sind, können wir durch Einsparen von Büromaterial und Strom, durch gute Arbeitsdisziplin, eigene Qualifizierung und vor allem durch zweckentsprechende Lösung der an uns gestellten und ständig wechselnden Aufgaben zur Erfüllung des Betriebskollektivvertrages beitragen.

Besonders erfreulich war auch die Diskussion über den Abschnitt C „Erhöhung der Qualifikation“, dem wir besondere Wichtigkeit beimessen. Es

wurde vorgeschlagen, daß die betreffenden Stellen die Lehrgänge für die Verwaltung den Erfordernissen anpassen sollten. Wenn berufstätige Frauen aus der Lagerbuchhaltung oder Betriebsabrechnung einen Lehrgang wie „Wirtschaftliche Rechnungsführung“ besuchen, dann sollte man nicht gleich das Thema zu umfangreich festsetzen mit Zirkulationsprozeß usw.

Die Themen sollten betriebsverbundener sein, dann blieben am Ende auch nicht nur 4 Teilnehmer von Anfangs 27 übrig. Überhaupt, so stellten wir in einer lebhaften Diskussion fest, sollten für die werktätigen Frauen von der Werkleitung Erleichterungen geschaffen werden, um an Qualifizierungslehrgängen teilnehmen zu können. Wir denken dabei an kurzfristige Lehrgänge auch für die Verwaltung über vier bis sechs Wochen, je Woche einen Tag. Die Beschickung der Wirtschaftsschule Berlin sollte auch planmäßiger erfolgen.

Um die vorgesehene Zahl von Teilnehmern an der Betriebsabendschule zu erreichen, schlagen wir als Verpflichtung im BKV 1954 vor: „Um eine betriebsverbundene Themenstellung zu erreichen, verpflichtet sich die Werkleitung, mit den Abteilungsleitern und Meistern Beratungen durchzuführen. Außerdem verpflichtet sich die Werkleitung, zu kontrollieren, ob die Abteilungsleiter und Meister die in ihren Abteilungen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen persönlich zur Teilnahme an der Betriebsabendschule werben“.

Zur Kulturarbeit wäre zu sagen, daß wir unsere vor Monaten der AGL vorgetragene Forderung wiederholen und um Aufnahme in den Betriebskollektivvertrag 1954 bitten, daß jede Gewerkschaftsgruppe über den ihr zustehenden Anteil von 15 Prozent für Kulturarbeit voll verfügen kann. Für die Veranstaltungen und die Kulturarbeit im Gesamtbetrieb dient der Anteil der BGL.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß es uns um die Erfüllung des Betriebskollektivvertrages und des Betriebsplanes 1954 im Jahr der großen Initiative nicht bange zu sein braucht, wenn in allen Gewerkschaftsgruppen eine bessere Gewerkschaftsarbeit entwickelt wird und die Bereitschaft zur Mitarbeit so erhalten bleibt, wie sie in unseren Abteilungen bei der Diskussion des ersten Entwurfes zu verzeichnen war.

Horst Sielisch

Gewerkschaftsgruppenorganisator

★

In dem 1. Entwurf zum Betriebskollektivvertrag interessiert mich besonders der Abschnitt C, der sich mit der Qualifizierung der Arbeiter, Angestellten und des ingenieurtechnischen Personals befaßt. In diesem Punkt können wir gar nicht genug tun; denn mit der höheren Qualifizierung unserer Kollegen leisten wir auch eine bessere Arbeit. Wir senken

dadurch den Ausschub und steigern somit unsere Arbeitsproduktivität. Das ist alles eng miteinander verbunden.

Unser Betrieb gibt uns durch die Betriebsabendschule alle Möglichkeiten zu unserer Qualifizierung. Jetzt liegt es an unseren Kolleginnen und Kollegen, von dieser Möglichkeit recht regen Gebrauch zu machen. Hier können wir uns wieder ein Bei-

spiel an unsere sowjetischen Kollegen nehmen. Ihre Leistungen, die sie uns während ihres Besuches demonstrierten, sind nur möglich, weil sie sich fortlaufend qualifizieren.

Wollen wir schnell ein besseres Leben erreichen, so müssen wir alle Anstrengungen machen, um auf allen Gebieten meisterliche Leistungen vollbringen zu können.

W. Fenske (Ghs II)

## Für ein Jugendgesetz in ganz Deutschland

In den vier Jahren seines Bestehens ist das Gesetz zur Förderung der Jugend nicht nur zur Grundlage für ein friedliches und glückliches Leben der jungen Generation in unserem Arbeiter- und Bauernstaat, sondern auch zum Sinnbild der Zukunft der gesamten deutschen Jugend in einem friedliebenden, einheitlichen und demokratischen Deutschland geworden.

Was bisher in der DDR für die Jugend getan wurde, gibt der Jugend Westdeutschlands ein Bild, wie wir uns die Förderung der Jugend in ganz Deutschland vorstellen. 1 170 000 DM wurden zur Schaffung neuer Lehr-

Berliner Jugend sagte: „Die Jugend Westdeutschlands wäre fürs erste zufrieden, wenn für sie nur 20 Prozent so viel getan würde, wie für die Jugend in der DDR.“

Auch in unserem Werk erhält die Jugend durch das Gesetz zur Förderung der Jugend jede Unterstützung. Wer denkt dabei nicht an die herrlichen Tage unserer Kinder im Betriebsferienlager oder an das Sommerferienlager der FDJ. In den nächsten Tagen fahren über 30 junge Arbeiter von uns kostenlos zu einem acht-tägigen Erholungsurlaub in den herrlichen Wintersportort Schmiedefeld.



Auch ausländische Staatsmänner interessieren sich für das Leben unserer Jugend. Unser Bild zeigt den Minister für Schwermaschinenbau der CSR im Gespräch mit unseren Lehrlingen.

stellen ausgegeben. In Westdeutschland dagegen sind 1 650 000 Jugendliche ohne Arbeit bzw. in Kurzarbeit beschäftigt. Für 94 Prozent der Studenten wurden bei uns 250 Millionen DM Stipendien ausgegeben. In Westdeutschland müssen sich 65 000 Studenten, das sind 60 Prozent, durch Gelegenheitsarbeiten Geld verdienen, um ihr Studium durchführen zu können. 85 Prozent der Fachschüler in der DDR erhalten Stipendien, in Westdeutschland dagegen nur 4 Prozent.

So ist es zu verstehen, daß ein junger Gewerkschaftskollege aus Westdeutschland auf der Kundgebung der

In der vergangenen Woche begann ein zweiter Zirkel für Gesellschaftstanz für unsere Lehrlinge, für den jeder Teilnehmer nur 15 DM zu zahlen braucht. Viele unserer besten jungen Arbeiter wurden im vergangenen Jahr auf die Hochschule delegiert, andere besuchen unsere Betriebsabendschule.

Liebe Jugendfreunde! Die FDJ-Betriebsgruppenleitung wird euch in Verbindung mit der Werkleitung einen Betriebsplan zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens und zur weiteren Förderung der Jugend unterbreiten. In diesem Plan sollen solche

Maßnahmen aufgenommen werden, die wir zur besseren Durchführung des Jugendgesetzes bis zum Deutschlandtreffen der Jugend (Pfungsten d. J.) durchführen wollen.

Wir erwarten dazu in den Versammlungen und auch bereits vorher eure Vorschläge. Die wichtigsten dieser Maßnahmen sollen in den BKV aufgenommen werden.

So ist in unserem Staat der Arbeiter und Bauern das volle Mitbestimmungsrecht der Jugend garantiert. Die Jugend der DDR hat eine große Perspektive. Alle Möglichkeiten zum friedlichen Arbeiten, zum Lernen und zum Fröhlichsein sind ihr gegeben.

Es kann daher keinem einzigen Jugendlichen gleichgültig sein, daß auf der Konferenz der vier Außenminister in Berlin von seiten der USA, Englands und Frankreichs Vorschläge unterbreitet werden zur Herstellung der Einheit Deutschlands, in deren Ergebnis nur ein Deutschland der Rüstungsherren, Junker und Militaristen zustande kommen könnte und in dem es kein Gesetz zur Förderung der Jugend, sondern Ausbeutung in kapitalistischen Betrieben, Massenarbeitslosigkeit und Drill in der EVG-Söldnerarmee zur Vorbereitung eines neuen Krieges geben würde.

Wir unterstützen die Vorschläge des sowjetischen Außenministers Molotow über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung, deren Hauptaufgabe es wäre, wirklich freie Wahlen in ganz Deutschland vorzubereiten, in deren Ergebnis ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland zustande käme, und in dem dann ein Jugendgesetz für die gesamte deutsche Jugend geschaffen würde.

Walter Oberthür (FDJ)

## Von der Kasse der gegenseitigen Hilfe erhielten wir folgenden Beitrag

Liebe Kollegen, habt meinen herzlichen Dank für Euren Brief vom 18. Dezember 1953, mit welchem Ihr mir mitteilt, daß Ihr mir die Rückzahlung der letzten Rate meines Darlehens in Höhe von 60 DM erläßt.

Vor allem aber weiß ich, daß Ihr einen seit Monaten kranken Kollegen nicht vergessen habt. So wie Ihr haben mich auch die Kollegen meiner Abteilung nicht vergessen, sondern mich im Krankenhaus laufend besucht und betreut.

Die Sorge um den Menschen ist in unserem Betrieb kein leeres Wort mehr.

Daher danke ich Euch, der BGL, den Kollegen der Abteilung LAV und vor allem auch unserem Sozialversicherungsbevollmächtigten in der Abteilung LAV, Kollegen Gentzsch, der seine ihm von den Kollegen übertragene Aufgabe nicht als Belastung, sondern als kollegiale Verpflichtung auffaßt.

Mit kollegialem Gruß  
gez. Siegfried Franz, LAV

## Günter Lerch hat unser Vertrauen mißbraucht

Am Donnerstag, dem 4. Februar 1954, betrat das Mitglied unseres Liga-Kollektivs Günter Lerch mit einer Frau und dem Kollegen Foullong gegen 24 Uhr das Lokal „Zum Spreewälder“ in der Edisonstraße. Der Grund des Besuches war die Geburtstagsfeier des Kollegen Foullong. Das gleiche Lokal betrat der Leiter der Bezirksstelle der Nationalen Front mit einem Bekannten, um ein Glas Bier zu trinken. Foullong erkannte in dem Begleiter einen Landsmann. Es entwickelte sich ein Gespräch, welches der Funktionär der Nationalen Front zum Anlaß nahm, Flugblätter zu überreichen. Darauf beschimpften Lerch und Foullong den Funktionär, einen 80prozentigen Sehbehinderten, in der übelsten sowie politisch unflätigsten Weise. Lerch schlug auf ihn sowie auf den ruhestiftenden 73jährigen Gastwirt und dessen aus der Küche kommende 46jährige Tochter ein, riß das Telefon ab, um eine Benachrichtigung der Polizei zu verhindern,

.....  
 „Wer sich heute Illusionen über die Möglichkeit hingibt, den deutschen Militarismus in Grenzen zu halten, der wird das möglicherweise in Zukunft bedauern.“

„Die Bildung der sogenannten Europaarmee, in der die wichtigste militärische Kraft die westdeutsche Armee sein würde, kann die Bildung eines Verteidigungsbündnisses anderer europäischer Staaten hervorrufen. Anstatt Gewährleistung des Friedens würden sich in diesem Falle die Länder Europas in zwei militärische Gruppierungen spalten, was unweigerlich zur Vergrößerung der Kriegsgefahr in Europa führen würde.“

„Es ist verständlich, daß sich in Frankreich die Anzahl der Gegner der Europaarmee mehrt, in der die vorherrschende Stellung eine westdeutsche Armee mit Hitlergeneralen an der Spitze einnehmen wird, die erst vor kurzem ihr wahres Gesicht auch als Okkupanten Frankreichs gezeigt haben.“

(W. M. Molotow auf der Berliner Konferenz)

.....  
 schlug draußen vor dem Lokal den Funktionär zusammen und wartete dann auf der gegenüberliegenden Straßenseite auf seinen Komplizen. Das eintreffende Überfallkommando täuschte er und schickte es weg. Das zweite dann angerufene Kommando nahm ihn fest. Das Liga-Kollektiv hat nach Feststellung des Tatbestandes einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Spieler Günter Lerch wird mit sofortiger Wirkung aus dem Mannschaftskollektiv ausgeschlossen.

2. Die Mannschaft sucht den durch das brutale Vorgehen Lerchs betroffenen Aufklärer der Nationalen Front an seinem Krankenzimmer auf, um ihm ihr tiefstes Bedauern auszusprechen und ihm ihre Hilfe und Unterstützung zuzusagen.

Diese Beschlüsse werden wie folgt begründet:

Gerade jetzt, da in unserer Stadt die vier Außenminister tagen und auch über das Schicksal der Nation beraten und das ganze friedliebende deutsche Volk hofft und dafür kämpft, daß diese Konferenz dazu beiträgt, Deutschland entsprechend den konkreten und von allen Deutschen freudig begrüßten Vorschlägen des sowjetischen Außenministers Molotow zu Einheit und Frieden zu führen, muß jeder einzelne von uns zum guten Gelingen dieser Konferenz beitragen.

Die Werktätigen unserer Republik, die dies als ihre selbstverständliche Pflicht ansehen, die sich nach Feierabend der Nationalen Front zur Verfügung stellen und in unserer aller Interesse, auch im Interesse von Günter Lerch, die Menschen für den Friedenskampf gewinnen wollen, wurden hier grundlos und in gemeinster Weise zusammengeschlagen. Lerch, der als Spitzensportler und als Angehöriger des VEB Transformatorwerk „Karl Liebknecht“ alle nur mögliche Förderung und Unterstützung der Regierung erhielt, der die Möglichkeit bekam, sich bis zum Meister zu qualifizieren, bringt mit dieser typisch faschistischen Methode seine Einstellung zu diesen Fragen,

## Notruf des Werkorchesters

Unser Werkorchester ist im Rahmen des Volkskunstwettbewerbes 1954 sowohl in der Gebiets- als auch in der Kreisauscheidung, als Sieger hervorgegangen. Als nächster Wettbewerb steht für den 21. März 1954 die Bezirksentscheidung bevor. Hierzu bedarf es wegen der starken Konkurrenz einer besonderen Anstrengung, um im Endergebnis als Kulturgruppe unseres Transformatorwerkes „Karl Liebknecht“ gut bestehen zu können. Leider sind die Voraussetzungen hierfür durch den Tod einiger Orchestermitglieder stark beeinträchtigt. Das Orchester braucht zur Auffüllung der entstandenen Lücken und zur Verstärkung schnellstens neue Mitglieder aller Instrumentenarten, darunter als besonders vordringlich, einige gute erste Geiger. Hierdurch wäre die Gewähr gegeben, daß erstens der zur Zeit laufende Wettbewerb mit Aussicht auf Erfolg weitergeführt werden kann und zweitens das Orchester seine Leistungen wesentlich steigern könnte. Unter

die unser ganzes Volk bewegen, klar zum Ausdruck.

Uns ist völlig unverständlich, wie sich Günter Lerch zu dieser Handlungsweise hinreißen ließ, denn wir hatten ihn als anständigen Sportmann und als strebsamen Kollegen innerhalb unseres Werkes kennengelernt. Wir Spieler der BSG Motor Oberschöneweide verurteilen diese Handlungsweise des Spielers unserer Mannschaft auf das schärfste und bezeugen unsere tiefste Empörung über diese uns völlig unverständliche Tat.

Lerch hat mit seiner Tat bewiesen, daß er sich uns gegenüber als fortschrittlicher Sportler tarnte und das große Vertrauen der werktätigen Menschen unserem Kollektiv gegenüber, auf das wir als führende BSG stolz sind, nicht verdient. Solche Sportler haben in unserem Kollektiv keinen Platz. -

Heinz Lehniger  
 Horst Schiller  
 Lothar Meier

Anmerkung der Redaktion: Diesen Vorfall nahm die Westberliner Presse zum Anlaß, um gegen uns zu hetzen. In Kaisers Zeitung „Der Tag“ wurde behauptet, Lerch und Foullong wären aus unserem Betrieb heraus verhaftet worden, weil sie am Vortage für Adenauers „Freie Wahlen“ eingetreten wären.

Wer bei uns für freie demokratische Wahlen eintritt, den beschützen unsere Kollegen der Volkspolizei, im Gegensatz zu der Polizei im „Kaiser“-Reich. Damit haben alle bei uns beschäftigten Kolleginnen und Kollegen ein Musterbeispiel, wie Zeitungslügen der Westpresse fabriziert werden — und wie sie platzen. Aber hinter allem steht ihre Absicht, die Verhandlungen auf der Viererkonferenz zu stören.

unseren Werkangehörigen befinden sich sicherlich Kolleginnen und Kollegen, die musikalisch soweit vorgebildet sind, um tatkräftig mitwirken zu können. An diese richten wir nun unsere Bitte und appellieren an ihre Bereitschaft, uns zu helfen.

Ihre Mitarbeit wäre ein wertvoller Beitrag zur Volkskunst und würde dazu führen, unser Werk auch in kultureller Hinsicht vorbildlich zu vertreten.

Anmeldungen erbitten wir an die Abteilung für kulturelle Massenarbeit oder den Kollegen Reddig, Gtr., beziehungsweise den Kollegen Suchanek KM/EK.

Franz Reddig  
 Leiter des Werkorchesters

Herausgeber: SED-Betriebsparteiorganisation Transformatorwerk „Karl Liebknecht“. Verantwortlicher Redakteur: Walter Bähr. Veröffentlicht unter der Lizenz-Nr. 831 D des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: Tribüne, Hauptwerk Treptow.